

Innenpolitik/Kärnten/Dörfler/Soziales/Kinderbetreuung

LH Dörfler: Resolution zur flexibleren Verwendung der Finanzmittel aus 15a-Vereinbarung für Kinderbetreuung

Utl.: Neben dem quantitativen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze zählt auch die Qualitätssteigerung

Klagenfurt (OTS/LPD) - Als positiv bewertet Familienreferent Landeshauptmann Gerhard Dörfler die Verlängerung der 15a-Vereinbarung zum Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, stellt aber gleichzeitig fest, dass Kärnten aufgrund des bereits hohen Ausbaugrades nicht alle Finanzmittel bedarfsgerecht einsetzen kann. Aus diesem Grund wäre eine Änderung des Mitteleinsatzes für bereits bestehende Angebote und zur flexiblen Abdeckung von Randzeiten erforderlich, weshalb die Kärntner Landesregierung im Rahmen ihrer Regierungssitzung heute, Dienstag, eine von Dörfler eingebrachte Resolution verabschiedet hat. Sie fordert die Bundesregierung zu einer flexibleren Handhabung der Finanzmittel aus der 15a-Vereinbarung auf.

Zudem sei es aufgrund der Veränderung des familiären und gesellschaftlichen Umfeldes notwendig, nicht nur die unterschiedlichen Betreuungsangebote flexibler zu gestalten, sondern auch Vorkehrungen zu treffen und neue Konzepte zu entwickeln, die es möglich machen, dass sich Wirtschaftsbereiche wie der Handel, Tourismus und Dienstleistungsberufe an den Bedürfnissen von Familien orientieren.

"Mit der Resolution fordern wird die Bundesregierung und im besonderen Minister Reinhold Mitterlehner auf, die Mittel aus der 15a-Vereinbarung bedarfsgerecht nicht nur für den quantitativen Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten bereit zu stellen, sondern auch für unterschiedlichste qualitätserhöhende Maßnahmen aufzuwenden. Außerdem müssen neue Konzepte erarbeitet werden, die das Wirtschaftsleben mit dem Familienleben leichter arrangierbar machen", so der Landeshauptmann.

Die Resolution im Wortlaut:

RESOLUTION
der Kärntner Landesregierung
Kinderbetreuung und familiengerechte Arbeitswelten

Kärnten ist seit 2001 Vorreiter in Sachen Familien- und Kinderpolitik in Österreich. So ergab ein aktueller Rechnungshofbericht, dass Kärnten im Jahr 2009 durchschnittlich dreimal so viel pro Familie bzw. pro Kind ausgibt als Oberösterreich und rund sechsmal so viel als Salzburg. Dies zeigt, dass Kärnten einen Schwerpunkt auf Familienförderungen und familienbezogene Leistungen legt und sich dies entsprechend im Budget niederschlägt.

In Kärnten gab es in den letzten Jahren eine massive Ausbauoffensive in der Kinderbetreuung. So gibt es um 54 % mehr Einrichtungen als noch vor 10 Jahren, die Steigerung der Kinder, die in Betreuung sind beträgt 33 %. Kärnten ist im Jahr 1999 von einem niedrigen Niveau ausgegangen und hat sich aufgrund der Landesoffensive die Betreuungsquote der unter 3jährigen Kinder in den letzten 10 Jahren verzehnfacht (von 1,5 % im Jahr 1999 auf 14,3 % im Jahr 2010) (österreichweit: von 7,1 auf 17,1 %). Auch bei den VIF-Kriterien ist Kärnten österreichweit an zweiter Stelle.

Auch wenn unzuständige und uninformierte Kreise ständig anderslautende Behauptungen aufstellen, hat Kärnten eine flächendeckend gut funktionierende Kinderbetreuung.

Die nun vom Bund verlängerte 15a-Vereinbarung zum Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, jedoch kann Kärnten aufgrund des bereits hohen Ausbaugrades nicht alle Mittel bedarfsgerecht einsetzen. Aus diesem Grund wäre eine Änderung des Mitteleinsatzes für bereits bestehende Angebote und zur flexiblen Abdeckung von Randzeiten erforderlich.

Des Weiteren wurde in einer aktuellen Studie des **IHS** festgestellt, dass Kinderbetreuungsangebote allein nicht ausschlaggebend für die Berufstätigkeit der Frau und für geschlechtergerechte Einkommen darstellen. Vielmehr sind die Arbeitswelten derzeit familienfeindlich und müssen sich Familien nach den Bedürfnissen der Wirtschaft (insbesondere Handel, Tourismus, Dienstleistungsberufe) orientieren. Hier sind neue Handlungskonzepte für die Zukunft erforderlich.

Das Kollegium der Kärntner Landesregierung fordert daher Bundesminister Dr. Reinhold Mitterlehner sowie die die Bundesregierung auf

1. die Verwendung der Mittel im Rahmen der 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuung flexibler zu gestalten sowie

2. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um familiengerechte Arbeitswelten zu schaffen und so Familien mit Kindern zu unterstützen.

Klagenfurt, 18. Oktober 2011

(Schluss)

Rückfragehinweis:

Kärntner Landesregierung, Landespressediens

Tel.: 05- 0536-22 852

<http://www.ktn.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0112 2011-10-18/11:25

181125 Okt 11

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel. ++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at